

AM 20. FEBRUAR IST DER WELTTAG FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

SOLIDAR ruft zu einer Just Transition für soziale Gerechtigkeit weltweit auf.

Just Transition ist ein starkes Konzept, das die Themen soziale Gerechtigkeit, Klima- und Umweltgerechtigkeit und ihre jeweiligen Interessengruppen zusammenbringt.

Just Transition bedeutet, die sozialen Auswirkungen von Klima- und Umweltpolitiken oder -strategien zu berücksichtigen, die sozialen Sicherungssysteme zu stärken, den Prozess der neoliberalen Privatisierungen und der Kapitalakkumulation umzukehren, den Reichtum wirksamer zu besteuern und Sparmassnahmen hinter sich zu lassen.

Die Gewährleistung einer Just Transition, also eines gerechten Übergangs, bedeutet unter anderem, die sozialen Auswirkungen der Klima- und Umweltpolitik bzw. -strategien anzugehen, menschenwürdige Arbeit für alle zu gewährleisten, die Sozialschutzsysteme zu stärken, den Prozess der neoliberalen Privatisierungen und der Kapitalakkumulation umzukehren,

den Reichtum wirksamer zu besteuern und die Sparmassnahmen hinter sich zu lassen. Zudem muss der Übergang zur Nachhaltigkeit in den Partnerländern weltweit gefördert werden.

Im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind die SOLIDAR-Mitglieder und -Partner der Ansicht, dass die Achtung der Menschenrechte, Klimaschutz, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit und Frieden miteinander verbunden sein müssen. Daher fordern sie die EU am Welttag für soziale Gerechtigkeit erneut dazu auf

1 Raum für zivilgesellschaftliche Organisationen zu schaffen und der zunehmenden Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Spielräume entgegenzuwirken.

Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften sind das Rückgrat gesunder Demokratien und unverzichtbare Akteur*innen, wenn es darum geht, öffentliche Massnahmen für einen gerechten Übergang so zu gestalten und zu überwachen, dass sie korrekt sind, den Bedürfnissen und Rechten der Menschen entsprechen und die öffentliche Akzeptanz erhöhen. Doch überall auf der Welt, von El Salvador bis Palästina, von Hongkong bis Mosambik, häufen sich die Beispiele für Massnahmen, die den Handlungsspielraum oder gar die Existenz von zivilgesellschaftlichen Organisationen einschränken. Trotz dieses schrumpfenden zivilgesellschaftlichen ►

**ADVANCING
JUST TRANSITION
WORLDWIDE**

**SOCIAL JUSTICE DAY
20 February 2023**



**solidar
NETWORK**



**ORGANISING
INTERNATIONAL
SOLIDARITY**

Raums haben Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft ihre Bemühungen fortgesetzt, um grundlegende Verbesserungen ihrer Rechte und Freiheiten zu erreichen. Von Arbeitnehmern über Frauenrechtlerinnen bis hin zu Journalisten sind viele mit ähnlichen Kämpfen konfrontiert, wenn es darum geht, für ihre Rechte zu kämpfen, während sie einerseits Repressionen und Repressalien seitens des Staates und andererseits die Auswirkungen des anhaltenden Klima- und Umweltnotstands erleben.

Durch ihr aussenpolitisches Handeln sollte die EU einen gerechten Übergang fördern und unterstützen und ihre Partnerländer für Rechtsverletzungen und die Einschränkung der Grundfreiheiten in ihren Ländern zur Rechenschaft ziehen. Sie sollte im Dialog mit den Staaten die dringendsten Menschenrechtsprobleme und ihre Verpflichtungen aus internationalen Verträgen hervorheben.

Die EU wird die Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Region, insbesondere von Grassroot-Organisationen, weiter ausbauen, um sicherzustellen, dass sie Zugang zu angemessenen Schulungen und Finanzmitteln haben. Darüber hinaus ist es wichtig, einen sinnvollen Dialogkanal für vor Ort tätige zivilgesellschaftliche Organisationen zu schaffen, um die dringendsten Rechtsfragen zu klären.

2 Die Gesundheit des Planeten und der Menschen vor den Profit stellen.

Die EU muss an vorderster Front ihren fairen Anteil am Klimaschutz leisten und auch in den Partnerländern zu einem allumfassenden gerechten Übergang zu einer sozialverträglichen Wirtschaft beitragen.

Angesichts der Tatsache, dass nur noch sieben Jahre bis zum Erreichen der SDGs verbleiben, muss die EU ihre Anstrengungen verstärken, die Einhaltung der Sorgfaltspflicht garantieren und die Verlagerung nicht nachhaltiger Produktion stoppen.

Eine umfassende und angemessen finanzierte internationale Zusammenarbeit sowie die volle Unterstützung und das Engagement für multilaterale Lösungen sind grundlegende Instrumente zur Unterstützung dieser Übergangsprozesse auf globaler Ebene.

Es ist von grundlegender Bedeutung, dass diejenigen Gruppen in die Klimadiskussion einbezogen werden, die am stärksten von Klimawandel, Umweltzerstörung und nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummustern betroffen sind, wie z. B. Frauen, Jugendliche, Arbeitnehmer, indigene Völker und Migranten.

Ein gerechtes globales Steuersystem und ein Schuldenerlass im Rahmen internationaler Mechanismen sind für die Partnerländern von grösster Bedeutung, um den finanziellen Spielraum zu schaffen, den sie benötigen, um in ihren gerechten Übergang zu investieren, einschliesslich Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und universellen Sozialschutz. Es ist erwiesen, dass soziale Schutzmechanismen die Anpassung der Haushalte an den Klimawandel durch Geld- oder Sachleistungen, Sozialversicherungen und Arbeitsmarktprogramme (wie Arbeitslosenunterstützung) verbessern und unterstützen können.

Es ist an der Zeit, dass die EU ihren Worten Taten folgen lässt, um überall einen Just Transition zu gewährleisten und niemanden zurückzulassen.



ORGANISING
INTERNATIONAL
SOLIDARITY



This publication was produced with the financial support of the European Union. Its contents are the sole responsibility of SOLIDAR and do not necessarily reflect the views of the European Union

Organising International Solidarity (OIS).
A presentation of the OIS programme can be found at the following link:
<https://prezi.com/view/9zuxuivqUSD3w1pGJSz/>